

MEDIENMITTEILUNG



GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus
Kontakt: Geschäftsleiterin Stephanie Graetz
infogra@gra.ch / Tel: +41(0) 58 666 89 66

GRA-Stiftung fordert Verbot der Demonstration «Massaker in Palästina», welche am 21. November 2023 in Bern stattfinden soll.

Zürich, 20. November 2023 – Die Behörden der Stadt Bern werden dazu aufgerufen, die am 21. November 2023 vorgesehene Demonstration «Massaker in Palästina», welche den Slogan «für eine Intifada bis zum Sieg!» verwendet, zu verbieten. Die Veranstaltung gefährdet die öffentliche Sicherheit. Zudem wird gegen die Organisatoren der Demonstration Strafanzeige eingereicht, und zwar wegen mutmasslichem öffentlichem Aufruf zu Verbrechen oder zu Gewalttätigkeit, sowie aufgrund eines mutmasslichen Verstosses gegen die Antirassismus-Strafnorm.

Mit einem Flyer wirbt eine Organisation, die sich als «derfunke.be» bezeichnet, unter dem Titel «Massaker in Palästina» auf Instagram für eine Veranstaltung in Bern vom 21. November 2023. An dieser soll «politische Klarheit» vermittelt werden für den Kampf für Palästina, und zwar in folgendem Sinne (besucht am 19.11.23 auf Instagram unter folgendem Link: <https://www.instagram.com/p/Czy82zRNZb5/?igshid=NWRjY2QxMjhkNg%3D%3D>).

Der Einsatz «für eine Intifada bis zum Sieg» auf Instagram ist als öffentlicher Aufruf zu Verbrechen oder zu Gewalttätigkeit im Sinne von Art. 259 StGB zu qualifizieren, ev. als Unterstützung einer kriminellen Organisation Art. 260ter Abs. 1 lit. b StGB, als Verstoss gegen Art. 261bis StGB (Antirassismus-Strafnorm) oder eine andere, hier nicht erwähnte Bestimmung des StGB.

Bereits der Wortlaut der Einladung zur Informationsveranstaltung vom 21. November 2023 deutet auf die Nähe zur Ideologie der Hamas hin, welche in zahlreichen die Menschenrechte hochhaltenden Ländern als verbotene Terrororganisation gilt. In der Schweiz wird ein entsprechendes Verbot von Hamas aktuell geprüft. Mit der Aufforderung «für eine Intifada bis zum Sieg» kann mit Blick auf die zeitliche Nähe zum Massaker und der Geiselnahme durch die Hamas vom 7. Oktober 2023 nichts anderes als deren Billigung und aktive Unterstützung gemeint sein und zwar bis zum «endgültigen Sieg» unter Inkaufnahme jeglicher dazu notwendiger menschlicher Opfer.

Das Ziel der Veranstaltung – unter Verwendung des beschriebenen Slogans – besteht somit eindeutig in der Billigung und im Aufruf zur Tötung von jüdischen Menschen vom Kleinkind bis zum Greis – unter Einschluss von Jüdinnen und Juden ausserhalb Israels. Diese fühlen sich ohnehin unsicher, seit die Anzahl antisemitischer Schmierereien sowie verbaler und sogar physischer Angriffe auf als jüdisch erkennbare Personen seit dem 7. Oktober 2023 auch hierzulande deutlich

zugenommen hat. Daraus geht hervor, dass bei den Angriffen nicht zwischen in Israel oder in Schweiz ansässigen Juden unterschieden wird. Insoweit ist Art. 261bis StGB ebenfalls einschlägig.

Angesichts der Verbreitung der Einladung zur Veranstaltung vom 21. November 2023 in den sozialen Medien (Instagram) ist am Öffentlichkeitscharakter nicht zu zweifeln. Die Instagram-Seite ist für alle Userinnen und User ohne weiteres zugänglich; es handelt sich dabei nicht um eine geschlossene Gruppe.

Wir ersuchen die Behörden der Stadt Bern daher, die vorgesehene Veranstaltung zu verbieten, denn sie gefährdet aus obengenannten Gründen die öffentliche Sicherheit. Weiter ersuchen wir die Staatsanwaltschaft, die Strafuntersuchung gegen die Organisatoren der Veranstaltung sowie die Verfasser der Einladung unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Die GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus setzt sich für die Menschenrechte und die Erhaltung der Demokratie schweizerischer Prägung ein. Die GRA steht für Toleranz und gegen jegliche Art der rassistisch motivierten Diskriminierung: <https://www.gra.ch/>

Kontakte für Rückfragen:

Stephanie Graetz, Geschäftsleiterin GRA: +41 78 666 21 51, s.graetz@gra.ch